



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 18.10.2018

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 23. Oktober 2018, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 21.08.2018 und 28.08.2018**

2. **18-A-51-0003**

Kraftwerk InfraServ - Information durch Herrn Bartholomäus (InfraServ Wiesbaden)

3. **18-F-03-0011**

ANLAGE

Kraftwerksbauten

- Dringliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 06.09.2018 -

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 388 vom 06.09.2018 -

4. 18-F-20-0006

Zustand der Feldwege auf Wiesbadener Gemarkung

- Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.10.2018 -

Nicht nur für die Naherholung, sondern auch aus ökologischer Sicht haben Feldwege eine wichtige Bedeutung. Sie bilden inmitten einer Landwirtschaftlichen Nutzfläche Biotopvernetzung, Habitat für Kleintiere und Insekten sowie für zahlreiche selten gewordene Pflanzen.

Mit Sorge ist zu beobachten, dass in der Vergangenheit zahlreiche Feldwege insbesondere durch die angrenzende Landwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wurde oder gar durch Unterpflügen ganz verschwunden sind. Die im Alltag immer größer und schwerer gewordenen landwirtschaftlichen Maschinen drohen überdies, zum Teil noch intakte Feldwegerandbereiche (Begleitgrün) immer stärker in Mitleidenschaft zu ziehen und konterkarieren gemeinsam mit dem Einsatz von Herbiziden und Pestiziden die Bemühungen um die Einrichtung funktionierender Blühstreifen am Feldwegesrand.

Der Ausschuss wolle beschließen

Der Magistrat wolle dem Ausschuss berichten:

- 1) Wie stellt sich die Gesamtlänge der planungs- und wegerechtlich gesicherten Feldweg in Wiesbaden aktuell dar und wie viele Streckenkilometer davon befinden sich aktuell im Eigentum bzw. der Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden oder befinden sich zwar im Privateigentum, sind aber mit öffentlichen Wegerechten belegt?
- 2) Wie stellt sich der derzeitige Ausbaustand der Feldwege aktuell dar und in welchem Zustand befinden sich die befestigten und unbefestigten Feldwege?
- 3) Wie hoch ist der Anteil der „Grünen Feldwege“, die nach aktuellem Stand aufgrund von Beschädigungen oder Umnutzungen derzeit nur schlecht oder gar nicht mehr als Feldweg nutzbar sind?
- 4) Wie kontrolliert die Stadt die mit den Nutzungsrechten einhergehenden Pflegeverpflichtungen durch die Landwirtschaft?
- 5) Welche Initiativen plant die Stadt, um sich in Zukunft einer Behebung der beschriebenen Missstände zu nähern?
- 6) Sieht die Stadt die Erfordernisse, grüne Feldwege in Zukunft auch durch bauliche Maßnahmen besser vor Vereinnahmungen zu schützen?
- 7) Macht es aus Sicht des Magistrates Sinn, die Fläche der Feldwege vor dem Hintergrund der stärker gewordenen Belastung durch landwirtschaftliche Maschinen grundsätzlich oder punktuell zu verbreitern?

5. 18-F-03-0012

Spurenstoffe im Abwasser

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2018 -

Organisch-chemische Spurenstoffeinträge belasten die Böden, Gewässer und Trinkwasserressourcen. Im Hessischen Ried, aus dem auch Wiesbaden zu ca. 40 Prozent sein Trinkwasser bezieht, wurden in den vergangenen Jahren hohe Belastungen der Fließgewässer sowie Grundwasserverunreinigungen festgestellt. Die Wassergewinnung musste stellenweise eingeschränkt werden, so z. B. im Wasserwerk Dornheim der Hessenwasser GmbH & Co. KG.

Die aufgrund ihrer Giftigkeit, Langlebigkeit und Anreicherung im Gewebe gesundheitsschädlichen Spurenstoffe stammen u.a. aus Pflanzenschutzmitteln, Industrie- und Haushaltschemikalien oder Körperpflegeprodukten. Eine relevante Stoffgruppe sind hierbei die Medikamentenrückstände.

Insgesamt handelt es sich um einen Schadstoff-Cocktail, der wiederum weitere Transformationsprodukte beinhalten kann. Viele dieser Stoffe sind derzeit mit den verfügbaren analytischen Methoden nicht einmal erfassbar.

Neben der dringend erforderlichen Ertüchtigung von Kläranlagen (4. Stufe) muss daher auch durch vorsorgende Maßnahmen der Eintrag dieser Stoffe verringert werden. Die Abwassersatzung der LHW beinhaltet unter § 13 (2) ein Einleitungsverbot von Arzneimitteln. Trotzdem fällt in Krankenhäusern, Arztpraxen z.B. für Onkologie, Altenheimen etc. mit Spurenstoffen/Medikamentenrückständen belastetes Abwasser regelmäßig an. Insbesondere hier sollte im Rahmen der kommunalen Vorsorge angesetzt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Bei welchen Einleitern in die Wiesbadener Abwasseranlagen ist von einem erhöhten Eintrag von Medikamentenrückständen auszugehen? Gibt es hierzu Untersuchungen bzw. finden Abwasserkontrollen statt und falls ja, mit welchem Ergebnis?
- 2) Welche Maßnahmen werden ergriffen, um bei diesen Einleitern die Medikamentenrückstände im Abwasser zu reduzieren?
- 3) In wie weit sieht der Magistrat die Notwendigkeit, die Grenzwerte nach § 14 der Abwassersatzung zu überarbeiten und den Anforderungen des Gewässerschutzes anzupassen?
- 4) Sieht der Magistrat die Möglichkeit, auf Apotheken, die sich Vfw-Remedica angeschlossen haben und ihre Arzneimittelverpackungen zurücknehmen, stärker aufmerksam zu machen? Welche Maßnahmen ergreifen der Magistrat bzw. die Entsorgungsbetriebe, um die Verbraucher über die richtige Entsorgung von Arzneimitteln besser aufzuklären?
- 5) In welcher Form ist für den Klinikneubau der HELIOS-HSK eine Reinigungsanlage zur Eliminierung von Arzneimittel-Rückständen und Röntgen-Kontrastmitteln vorgesehen, wie dies laut Magistratsbericht von 10. Februar 2016 zum Beschluss Nr. 0523 der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2015 geprüft werden sollte? Welche Effekte kann eine solche Anlage im Vergleich zu den aktuellen Verhältnissen im Klinikbetrieb haben?
- 6) Wie ist der derzeitige Sachstand bei der geplanten Erweiterung des Hauptklärwerks um eine 4. Reinigungsstufe?

Sachstand vierte Klärstufe und Eintrag von Mikroplastik
- Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 17.10.2018 -

Seit geraumer Zeit steht im Raum, die bisherige Systematik unserer Kläranlagen dahingehend zu verändern, dass in Zukunft auch Kleinstbestandteile aus dem Abwasser ausgeklärt werden sollen. Wesentlichen stehen hierzu zwei Verfahren in der Diskussion: Zum einen eine Hinzugabe von Ozon in der bisherigen zweiten Klärstufe, zum anderen eine Hinzufügung einer weiteren, vierten Klärstufe mit einer Mikrofiltrationsanlage. Welche dieser Methoden in Zukunft zum Zuge kommen soll, hängt nicht unmaßgeblich davon ab, welche Vorgaben seitens der Europäischen Union in Zukunft für die Abwasserqualität gestellt werden.

Die LHW hat für den Fall, dass eine vierte Klärstufe erforderlich werden wird, bereits vorsorglich Baurecht am Gelände des Hauptklärwerkes geschaffen. Ob und wann eine solche Klärstufe erforderlich und eingerichtet werden wird, ist jedoch aktuell nicht hinreichend bestimmt. Hinzu kommt, dass seit aufkommen der generellen Debatte, welche sich bisher vorwiegend um insbesondere hormonelle Einträge in das Abwasser drehte, diese Diskussion mit dieser Thematik des Mikroplastik eine neue Richtung eingeschlagen hat.

Dabei ist das Problem selbst kein Neues: In einer bereits 2014 veröffentlichten Studie des Alfred-Wegener-Instituts wurden Kläranlagen mit verschiedenen Klärsystematiken auf ihre Ausscheidungseffizienz hin untersucht. Aus dieser, aber auch aus anderen Studien, ließen sich aber noch keine abschließenden Erkenntnisse gewinnen. Inzwischen ist jedoch die Forschung weiter vorangeschritten und auch die EU hat das Thema aufgegriffen.

Für die Stadt Wiesbaden könnte damit aber auch eine Vorgabe für ein Filtrationssystem verbunden sein, die perspektivisch rechtlich zwingend zu erfüllen sein könnte.

Der Ausschuss wolle daher beschließen

Der Magistrat wolle dem Ausschuss berichten:

- 1) wie weit die Diskussion auf europäischer Ebene über die einheitliche Setzung von Standards für die Abwasserqualität gediehen ist,
- 2) wann hier nach aktuellem Stadt der Debatte mit einer Entscheidungsfindung zu rechnen sein wird,
- 3) welche Qualitäten das Abwasser und dessen Reinigungsqualität insbesondere mit Hinblick auf die Polymer-Ausklärung voraussichtlich zu erfüllen haben wird,
- 4) welche Technischen Voraussetzungen unsere Klärwerke dabei erfüllen müssen bzw. durch ihre bauliche und kapazitätsmäßige Auslegung überhaupt zu erfüllen in der Lage sind, sowie
- 5) ob eine mögliche 4 Klärstufe mit einer bisher diskutierten Membranfiltration nach aktuellen Kenntnissen überhaupt in der Lage ist, eine Belastung des Abwassers durch Mikroplastik angemessen auszufiltern.

7. 18-F-08-0051

ANLAGE

Zustand von Ausgleichsflächen
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.10.2018 -

Eine Ausgleichsmaßnahme der „Grundstücksgesellschaft - Objekt Wiesbaden - Ferdinand Knettenbrech“ in der Gemarkung Kostheim an der A 671, Flur 4/3 befindet sich in einem vernachlässigten und mittlerweile auch verwahrlosten Zustand (siehe Bilder im Anhang).

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Für welchen Eingriff in Natur und Landschaft stellt diese Ausgleichsfläche eine Kompensation dar?
- 2) Kann sie nach Ansicht des Magistrates die geforderten Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes erreichen?
- 3) Wie viele Ausgleichsflächen mit welcher Gesamtgröße gibt es in der Wiesbadener Gemarkung insgesamt?
- 4) Wird der Zustand von Ausgleichsflächen kontrolliert?
- 5) Welche Sanktionen gibt es bei ungenügender Pflege der Ausgleichsflächen?
- 6) Wurden in der Vergangenheit bereits Sanktionen verhängt?

Es wird auch um schriftlichen Bericht gebeten.

8. 18-F-11-0012 ANLAGE

LKW-Maut in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FW/BLW vom 29.08.2018 -

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 380 vom 06.09.2018 -

9. 18-J-42-0015 ANLAGE

Antrag "PCB-Untersuchungen"

- Beschluss des Jugendparlaments Nr. 70 vom 05.09.2018 -

10. 17-F-21-0003 ANLAGE

„Paten-Streuobstwiese für Neugeborene“

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2017

- Mündlicher Sachstandsbericht -

11. 18-F-05-0036 ANLAGE

Rheinwiesen Biebrich

- Antrag der Fraktion FDP vom 26.07.2018 -

- Beschluss Nr. 97 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 21.08.2018 -

12. 18-F-21-0029 ANLAGE

Fütterungsverbot und Leinenzwang in öffentlichen Grünanlagen - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018 -

- Beschluss Nr. 34 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 17.04.2018 -

13. 18-V-36-0026

Einrichtung eines Klimaschutzbeirats

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 23.10.2018 -

- Die Unterlagen zu diesem Punkt werden nachgereicht -

14. 18-V-61-0022 **DL 45/18-5**

Wohnbauflächenentwicklung - Bebauungsplan "Am Heiligenhaus/Nordenstadter Straße" im Ortsbezirk Igstadt - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

15. 18-V-61-0026 **DL 39/18-10, 38/18-2 NÖ**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "An der Kantstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

16. 18-V-61-0028 **DL 44/18-1, 43/18-2 NÖ**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "LindeQuartier" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim - Entwurfsbeschluss -

17. 18-V-61-0030 **DL 45/18-6**

Wohnbauflächenentwicklung - Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Waldviertel-Westlich der Greifstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim - Feststellungsbeschluss -

18. 18-V-61-0031 **DL 45/18-7**

Wohnbauflächenentwicklung - Bebauungsplan "Waldviertel - Westlich der Greifstraße" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

19. 18-V-61-0037 **DL 45/18-8**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Freizeitbad - Sportpark Rheinhöhe" im Ortsbezirk Biebrich - Änderungsbeschluss -

20. 18-V-61-0038 **DL 45/18-9**

Bebauungsplan "Freizeitbad - Sportpark Rheinhöhe" im Ortsbezirk Biebrich - Aufstellungsbeschluss -

21. Verschiedenes

Tagesordnung II

Öffentliche Tagesordnung

1. **17-F-20-0006** **ANLAGE**

Obsternte auf städtischen Grundstücken
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2017 -

- Bericht des Dezernates V vom 13.08.2018 -

2. **18-F-02-0004** **DL 43/18-1**

Keine Fahrverbote in Wiesbaden: Zeichen setzen - Weichen stellen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2018 -

- Bericht des Dezernates V vom 21.09.2018 -

3. **18-V-20-0039** **DL 38/18-2**

Investitionscontrolling 2. Quartal 2018

4. **18-V-80-8007** **DL 38/18-8**

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam" -
Verlängerung 2019 - 2021

Nicht öffentliche Tagesordnung

1. **18-V-36-0028** **DL 43/18-1 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.08.2018

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender